

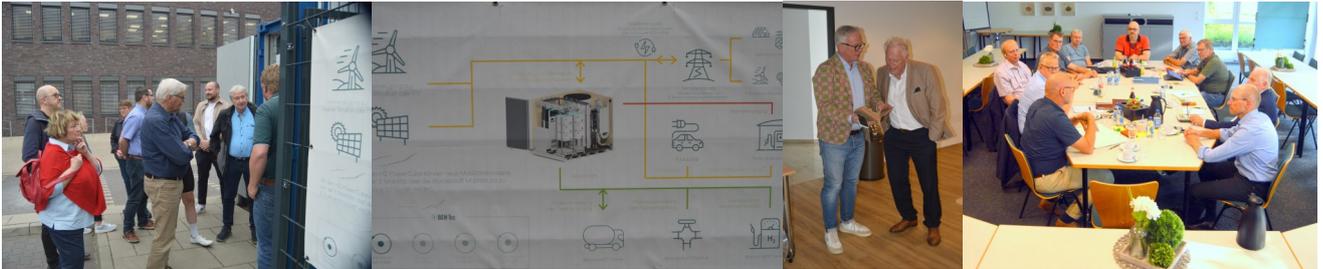
Kurz und Bündig

Informationen aus der Kreistagsfraktion

Jahrgang 8

Ausgabe 3

Oktober 2024



Sommertour 2024

Weite Teile dieses Vierteljahres bestanden aus "Sommer"ferien - bzw. aus sitzungsfreier Zeit in der Periode, die sich dieses Jahr als Sommer ausgegeben hat. Über die Qualität des Wetters in diesem Zeitraum lässt sich trefflich streiten. Unstrittig ist, dass die Fraktion diese Zeit dazu genutzt hat, verschiedene Besuche zu machen, die wir darstellen wollen, damit sie orientiert bleiben.

BenTecs PowerCube in Rheine

Hier wird eine Brennstoffzelle als Modellanlage für einen gewerblich genutzten Immobilie in Rheine betrieben. Mit seiner H2-Powercell betreibt BenTec eine Kleinanlage zur Versorgung eines mittelgroßen Gebäudes mit Energie. Durch den modularen Aufbau der Technik sind auch größere Einheiten möglich. Mit dem Besuch bei BenTec setzt die Fraktion ihre Informationsbesuche mit dem Schwerpunkt Wasserstoff fort. Während des Besuchs wurde erneut deutlich, dass Wasserstoff mit seiner Lager-, Transport- und einfachen Verteilmöglichkeit eine zentrale Rolle in der zukünftigen Energie- und Mobilitäts- und Energiestrategie des Kreises Steinfurt spielen kann. Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung und Nutzung von Wasserstoff im Kreis Steinfurt müssen nach Ansicht der Fraktion weiter verbessert werden.

Kreishandwerkerschaft in Rheine

Schon turnusmäßig stand im August ein Besuch bei der Kreishandwerkerschaft Steinfurt-Warendorf an. Im Meinungsaustausch mit deren Geschäftsführer Frank Tischner wurden u.a. die Themen Bürokratieabbau, der Fachkräftemangel und die Herausforderungen der Betriebsnachfolge beraten. Tischner betonte die Notwendigkeit einer positiveren Kommunikation über das Handwerk und forderte mehr Flexibili-

tät im Arbeitseinsatz. Er kritisierte die restriktiven Regelungen für Migranten und die übermäßige Bürokratie, die den Arbeitsmarkt hemmt. Die FDP-Fraktion, vertreten durch Hans-Jürgen Streich und Kai Kunz, unterstützte diese Anliegen und wies auf die Notwendigkeit hin, Verwaltungsvorgänge zu vereinfachen und flexibler zu gestalten. Ein weiteres Thema war die Kritik an der Kfz-Zulassungsstelle und dem Genehmigungsprozess für Bauvorhaben, die als zu bürokratisch und unflexibel angesehen wurden. Die FDP versprach, weiterhin für Verbesserungen zu kämpfen und den Dialog mit der Verwaltung aufrechtzuerhalten. Beide Seiten waren sich einig, dass es wichtiger ist, Lösungen zu finden, anstatt sich auf Hindernisse zu konzentrieren, und plädierten für mehr persönlichen Mut und Verantwortung bei der Entscheidungsfindung.

WLV in Saerbeck

Zur Sommertour gehörte auch in diesem Jahr wieder ein Besuch im Grünen Zentrum in Saerbeck für einen Meinungsaustausch mit dem Vorstand des WLV. Im Mittelpunkt standen die aktuellen Herausforderungen der Landwirtschaft, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen der jüngsten Proteste. Ein zentrales Thema war die Entbürokratisierung. Hierbei wurde betont, dass eine Reduzierung des bürokratischen Auf-

Inhaltsverzeichnis:

Fachkommission IT	... 2
Kreispartnerschaften	... 2
Heimatpreis	... 2
Fortsetzung "Sommertour"	... 2
Haushalt 2025	... 2
Jugendhilfe	... 2
Integrationskosten	... 3
Werkstattgespräche	... 3
Amprion und die Leitungen	... 3
Bauen und Verkehr	... 4
Krankenhausbedarfsplan	... 4
Umwelt-Energie-Klima	... 4
Arbeit, Pflege und Soziales	... 4

wands dringend notwendig sei, um die Effizienz der landwirtschaftlichen Betriebe zu steigern. Beispiele wie die komplizierte Dokumentation der Wasserentnahme oder die im Vergleich zu anderen Kreisen unflexible Fahrzeugzulassung im Kreis Steinfurt wurden kritisiert.

Weitere Themen waren die neuen Vorschriften zur Nutztierhaltung, die von den Landwirten als realitätsfremd und bedrohlich für die heimische Produktion angesehen werden. Ebenso wurden die Trassenverläufe der Amprion-Stromleitungen und die damit verbundenen Flächenschonungsmaßnahmen ausführlich diskutiert. Ein dringendes Anliegen war zudem die Problematik der Ausbreitung des giftigen Jakobskreuzkrauts, das sowohl für Tiere als auch für Menschen gefährlich ist. Am Ende des Treffens zogen die Fraktionsmitglieder und der WLV Vorstand ein positives Fazit. Der Meinungsaustausch wird weiterhin und regelmäßig fortgeführt.

Sommertour 2024 - Fortsetzung

FACHKOMMISSIONEN

IT und Digitales

Die Fachkommission hat in ihrer Sitzung empfohlen, grünes Licht für den Beitritt zu einer weiteren Beschaffungsgenossenschaft zu geben. Zusätzlich wurde die Beschaffung neuer Hardware für das Ausländeramt zur weiteren Fortschreibung der Digitalisierung befürwortet. Themen waren auch die Neuordnung und Neuaufstellung der kommunalen IT-Landschaft in NRW und die Strategie des Kreises zur Einbindung von KI in die Arbeit des Kreises.

Kreispartnerschaften:

Am Europatag hat der Landrat die Ukraine besucht und Vertreter der Partnerschaftsregion Tscherkassy getroffen. Dabei wurde ihm der höchste Orden der Region stellvertretend für den Kreis Steinfurt verliehen.

Aus Tscherkassy werden in mehreren Tranchen Ärzte im Kreisgebiet medizinisch geschult und ausgebildet. Von Juli bis Dezember besuchen den Kreis 6 Zweiergruppen und hospitieren in Krankenhäusern.

Zusammen mit einer mehrköpfigen Delegation hat der Kreis die Partnergemeinde in Telsiai in Litauen besucht. Der Besuch diente der Intensivierung der zuletzt etwas abgekühlten Beziehungen. Unter anderem begleitete die Delegation unser Fraktionschef Hans-Jürgen Streich.

Heimatpreis

Die Vorschlagsliste umfasst 25 Aspiranten für den Heimatpreis 2024 aus allen gesellschaftlichen Bereichen der Brauchtums- und Nachbarschaftspflege im Kreis Steinfurt. Traditionell erfolgen die Beratungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und die Sieger dieser Beratungen werden geheim gehalten bis zur offiziellen Bekanntgabe. Man darf also auf das Ergebnis gespannt sein, wer in diesem Jahr den "Kreis-Oscar" gewinnt. 2023 waren dies der Knappenverein Tecklenburger Land e. V. aus Ibbenbüren, das Projekt „Kinder schreiben für Kinder“ der Steinfurterinnen Brigitte Bäumer und Sabrina Faber sowie Otto Pötter aus Rheine.

FMO

Die FDP-Kreistagsfraktion Steinfurt beendet ihre Sommertour 2024 mit einem Besuch am Flughafen Münster/Osnabrück (FMO). Bei einem Treffen mit dem Geschäftsführer des FMO, Prof. Dr. Rainer Schwarz, wurde die erfreuliche Entwicklung des Flughafens deutlich: Ein 30 % höheres Passagieraufkommen im Vergleich zum Vorjahr, das bereits wieder auf dem Vor-Corona-Niveau lag. Bis Ende 2024 soll die Marke von einer Million Fluggästen überschritten werden. Aktuell liegt der FMO sogar auf dem Niveau von 2011, als 1,33 Millionen Passagiere gezählt wurden.

Fraktionsvorsitzender Hans-Jürgen Streich betonte die Bedeutung des Flughafens für die Infrastruktur des Kreises Steinfurt. Dank der Einnahmen aus dem Airportpark konnten wichtige Projekte finanziert werden. Wiebke Reerink, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion und Kreisvorsitzende der FDP, hob die Strahlkraft des FMO über die Kreisgrenzen hinaus hervor. Als Ausweichflughafen für Düsseldorf habe der FMO besonderes Potenzial, das noch nicht vollständig ausgeschöpft sei. Die Fraktion sieht den FMO als strategisch wichtig und wird seine Entwicklung weiterhin unterstützen. Die regelmäßigen Besuche am FMO werden fortgesetzt.

Ausschüsse aktuell

Haushaltsentwurf 2025 LWL und Kreis

Der Kämmerer des Kreises hat das Eckdatenschreiben zum Haushalt 2025 versandt. Erwartungsgemäß sind die Zahlen hoch. So sind 34 neue Stellen geplant, davon gehen allein 16 Stellen zum Jugendamt. Die Notwendigkeit dazu bescheinigt ein Organisationsgutachten, die Stellen sind zur gesetzmäßigen Ausführung der Aufgaben erforderlich. Gleichzeitig treiben immer noch sowohl die Personalkostensteigerungen (inkl. der daraus resultierenden Rücklagensteigerungen) als auch die Tarifierhöhungen und Steigerungen der Energiekosten die Zahlen, auch die Zahl steigender Bedarfsgemeinschaften ist ein Kostenfaktor. Als Folge steigt die Kreisumlage nach den jetzigen Planungen von 31,5% auf 34,2%. Der Zahlbetrag erhöht sich von 254 Mio. € auf 275,4 Mio. €. Dennoch ist der Haushalt nicht strukturell ausgeglichen, sondern es wird die Ausgleichsrücklage mit 6,5 Mio. € in Anspruch genommen. Gleichzeitig erhöht sich nach den Planungen die Jugendamtsumlage auf einen Anteil von 28,46 % bei einer Umlagehöhe von 433,5 Mio. Euro (2024: 411,2 Mio. € bei einem Anteil von 28,05%).

Der LWL hat in seinem Eckdatenschreiben ebenfalls Erhöhungen angekündigt, so wird der Stellenplan um 50 weitere VZÄ ergänzt, speziell im Kulturbereich. Die Umverteilung von Zuständigkeiten aufgrund der geänderten Bundesgesetzgebung hat nicht zur erwarteten personellen und materiellen Entlastung geführt. Der ungedeckte Finanzbedarf des LWL soll auf 244,1 Mio. € steigen, was einer Steigerung der LWL-Umlage auf 18,1% entsprechenden würde. Der daraus resultierende Zahlbetrag für den Kreis Steinfurt steigt damit von rund 149 Mio. € auf 162 Mio. €. Für 2026 hat der LWL bereits weitere Steigerungen seines Haushalts in ungefähr gleicher Höhe angekündigt.

Jugendhilfeausschuss

Schwerpunkte der Beratungen und unstrittig waren die Fortführung früherer Hilfen durch die Festanstellung einer Gesundheits- und Krankenpflegefachkraft für den Standort Steinfurt, die die Familienhebamme ersetzt. Außerdem wurde beschlossen, die Beratung zur Früherkennung sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche fortzuführen. Unstrittig war auch die notwendige bauliche Sanierung der Jugendbildungsstätte in Saerbeck, für die der Kreis etwa 56.000,- Euro aufwendet. Unklar blieben weiterhin die rechtlichen Regeln zur Einführung des offenen Ganztags in

Schulen und Kitas. Das Land NRW hat noch keine Bestimmungen veröffentlicht. Erhebliche Diskussionen löste die Fortführung von Entlastungsangeboten für Pflegefamilien aus. Ursprünglich nach der Coronapandemie eingeführt, wird diese Maßnahme jetzt fortgeführt. Das kostet in den nächsten 5 Jahren jeweils 120.000,- Euro jährlich. Der FDP-Vorschlag, diese Summe im Sinne der Haushaltskonsolidierung zu halbieren, führte zum Vorwurf „sozialer Kälte“. Eine „Absenkung der Standards“ wurde von Seiten der Unionsvertreter vehement abgelehnt.

Das kann teuer werden ...

Böse Überraschung für die Gemeinden im Kreis: Das Land plant, Gelder des Bundes nicht an die Kommunen weiterzuleiten, die als Erstattung für die Kosten der Unterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende vorgesehen sind. Insgesamt sollen nur 500.000 Euro pro Kommune weitergeleitet werden, das sind etwa 25% der Gelder des Bundes. 75% will das Land einbehalten. Kreiskämmerer Christian Termathe hat sich mit dieser Information an alle Gruppen und Fraktionen im Kreistag gewandt. Dem Kreis würden damit fast 600.000,- Euro vorenthalten. Er hat an die Gruppierungen die Bitte herangetragen, die vorhandenen politischen Kanäle zur

Landespolitik zu nutzen, um hier ein Umdenken zu erreichen. Die Kreistagsfraktion hat daraufhin einen Brief an die Landtagsfraktion geschrieben und deutlich gemacht, dass alle Gelder den Kommunen zustehen und dort auch gebraucht werden. Die Energie- und Personalkosten öffentlicher Einrichtungen vor Ort steigen genauso wie die der privaten Bürger. Die Mittel des Bundes sind also dringend erforderlich. Auch ohne die Beschränkungen durch die Landesregierung sind im Kreisgebiet bereits Kommunen in der Haushaltssicherung. Das Verhalten des Landes verschärft die Krise. Die Fraktion erwartet eine parlamentarische Initiative.

Personen im Haushalt	Max Größe der Wohnung	KdU aus Miete und Heizkosten
1	50 m ²	573,00 €
2	65 m ²	724,75 €
3	80 m ²	863,20 €
4	95 m ²	1.041,20 €
5	110 m ²	1.221,00 €
6	125 m ²	1.398,75 €
7	140 m ²	1.556,60 €
8	155 m ²	Einzelfallentscheidung

Quelle: Stadt Münster
<https://www.stadt-muenster.de/jobcenter/leistungen-lebensunterhalt/kosten-unterkunft>
Beträge gelten für je einen Bezugsmonat

Es geht ums Geld

Werkstattgespräche - KI und WertArbeit

In zwei Werkstattgesprächen wurden noch einmal Diskrepanzen zwischen Kreispolitik und Verwaltung bezüglich der Arbeit der WertArbeit und dem Kommunalen Integrationszentrum (KI) thematisiert. Die WertArbeit soll Menschen mit mehrfachen Vermittlungshindernissen in den Arbeitsmarkt eingliedern, das kommunale Integrationszentrum ist für die Eingliederung von Flüchtlingen und Asylanten in die Gesellschaft zuständig.

Von Seiten der KI-Leitung wurde noch einmal deutlich gemacht, dass die meisten Unklarheiten darauf beruhen, dass zwei große Bereiche bestehen, die nur unscharf voneinander getrennt wahrgenommen werden. Teil eins sind Weiter- und Fortbildungsaufgaben (KI), mit denen Lehrkräfte und Erziehende in den Schulen und Kindertagesstätten in Form von „Train-the-trainer“ Schulungen weitergebildet werden. Hinzu kommen Begleitung und Evaluation dieser Schulungen und der Geschulten. Das wiederum erfordert und bindet Personal. Teil zwei ist das Integrationsmanagement (KIM) im Sinn eines „Case Managements im Einzelfall“. Auch hier werden zunächst die kommunalen Mitarbeiter geschult und erfahren beispielsweise, welche Hilfen sie wo zur Vor-Ort- Versorgung ihrer Klienten erhalten können. Eine bessere und klarere Übermittlung mit Kommunen und Politik könnte hier zur Problemlösung beitragen.

Ein weiteres Werkstattgespräch fand interfraktionell zur Arbeit der WertArbeit gGmbH statt. Das im Januar in Auftrag gegebene Gutachten hatte sowohl organisatorische als auch prozessuale Schwächen aufgezeigt und Lösungsmöglichkeiten benannt. Erwartungsgemäß fiel die Bewertung in den Fraktionen unterschiedlich aus. Auf Betreiben der Bündnisgrünen und der SPD wurden noch einmal Wege zum Erhalt der Wertarbeit ausgelotet. Die Ergebnisse werden am 28. Oktober im Kreistag debattiert, bewertet und abschließend entschieden.

Amprion Leitungen im Kreisgebiet

In einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse des Kreistags stellten Vertreter der Firma Amprion den aktuellen Planungsstand für den Netzausbau vor. Der Fokus lag auf den Herausforderungen der Trassenführung und den Auswirkungen auf Landwirtschaft und Umwelt. Zahlreiche Landwirte befürchteten Einschränkungen in der Nutzung ihrer Flächen. Amprion betonte, man strebe transparente Entschädigungen und minimale Eingriffe an.

Die Mitglieder der FDP-Kreistagsfraktion zeigten sich kritisch. Rudolf Schüller aus Ochtrup betonte, dass zentrale Fragen

zum Flächenverbrauch und zu Entschädigungen noch offen seien. Kai Kunz hob hervor, dass Erdkabel eine Möglichkeit sein könnten, um die Belastungen für die Bürger zu verringern. Wiebke Reerink forderte mehr Transparenz und Lösungen für die Bedenken der Bürger bezüglich Wertverlust und Gesundheitsrisiken. Fraktionschef Hans-Jürgen Streich betonte, dass die Interessen der Landwirte und Anwohner im Vordergrund stehen müssen. Die FDP werde weiter auf Einflussnahme in Berlin setzen, um die Energiewende sozial und ökologisch verträglich zu gestalten.



Bauen - Verkehr - Wirtschaft

Zwei Kardinalthemen beschäftigten den Ausschuss für Bauen, Wirtschaft und Verkehr: Zum einen waren dies die Kosten für das Deutschlandticket und die Kosten für das Mobiticket. Letzteres war nicht verstärkt nachgefragt worden, obwohl die Kosten des Deutschlandtickets noch einmal vom Kreis zusätzlich subventionsreduziert wurden. Es hat lediglich eine zahlenmäßige Kundenverschiebung vom Deutschlandticket zum Mobiticket gegeben. Ein erhöhter Nachfrageeffekt aufgrund der zusätzlichen Subvention konnte nicht registriert werden. Für die Umsetzung der neuen Vorschriften bleibt für den Kreis ein Restkostenrisiko, weil der Bund seine Vorschriften noch nicht bekannt gegeben hat. Für das Jahr 2025 wird mit einer Verteuerung des Tickets gerechnet.

Der Siegerentwurf für die Baumaßnahmen am Berufskolleg in Rheine wurde vorgestellt, ein Entwurf des Architekturbüros Goldbeck aus Bielefeld hat die Ausschreibung gewonnen. Erst Aufträge zur Umsetzung wurden vergeben.

Krankenhausbedarfsplan

Die Bezirksregierung hat einen Entwurf zur Krankenhausbedarfsplanung vorgelegt und den Kreis um Stellungnahme gebeten. Inhaltlich bleibt die medizinische Grundversorgung im Kreisgebiet gesichert mit der internistischen und chirurgischen sowie der geriatrischen Grundversorgung. In der Spezialversorgung droht allerdings eine Ausdünnung der Versorgung. Dies betrifft vor allem die Gebiete der Endoprothetik (Hüftgelenks-, Kniegelenkersatz) der Wirbelsäulenchirurgie (Bandscheibenoperationen) und der interventionellen Kardiologie (Herzkatheter, Schrittmacherimplantati-

onen, Behandlungen von Herzrhythmusstörungen). Aber auch Spezialzentrum wie das Darmzentrum in Borghorst oder die neurochirurgischen Abteilungen in Ibbenbüren und Lengerich sind von den Planungen betroffen. Profitieren sollen die Kliniken in Münster und Zentren in den Nachbarkreisen des Münsterlandes. Dezernent Dr. Fuchs hat in einer detaillierten Stellungnahme die Planungen zurückgewiesen und darauf gedrungen, die hohe Expertise der Fachkliniken im Kreis Steinfurt adäquat zu berücksichtigen. Außerdem hat er zum wiederholten Mal deutlich gemacht, dass eine Zentrali-



sierung in das Oberzentrum Münster nicht dazu führen darf, dass die Einwohner von Münster einseitig bevorzugt werden. Es sei den Münsteranern ebenso zuzumuten, in die Kliniken der Umgebung fahren zu müssen wie den Bürgern des Kreises diese Fahrt nach Münster in die Kliniken zugemutet wird. Die FDP-Fraktion teilt die Auffassungen von Dr. Fuchs und hat sich mit entsprechenden Forderungen an die gesundheitspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Susanne Schneider gewendet. Eine Antwort steht bisher aus.

Umwelt - Klima - Naturschutz - Energie

Ein Hauptpunkt der Beratungen im Ausschuss war die Behandlung eines Widerspruchs des Naturschutzbeirats zu Planungen im „Hölter Feld“ bei Ladbergen sollten Erdwärmekollektoren verlegt werden. Der Widerspruch wurde zurückgewiesen.

Im Weiteren wurden Änderungen der Gesellschafterverträge zur Mülldeponie in Altenberge, zur Klärschlammverwertung in Steinfurt und des Windpools Saerbeck beraten; hier hat die FDP Fraktion zugestimmt.

Erneut zur Diskussion stand die Schaffung einer nachhaltigen Waldstrategie mit klaren Regeln für eine Wiederaufforstung. Bereits in früheren Jahren hatte sich die FDP die Ergebnisse der ETH in Zürich zu Eigen gemacht und eine konsequente Wiederaufforstung gefordert. Diese Linie wurde weiterhin verfolgt.

Für "Bürgerwindparks" gelten auf Kreisebene neue Regeln; eine Zertifizierung wurde jetzt auf feste Kriterien gestützt. Nur bei Einhaltung dieser Kriterien darf zukünftig die Bezeichnung "Bürgerwindpark" auch geführt werden.

Jetzt geschützter Begriff:



Arbeit - Soziales - Pflege - Integration

Neben Informationen der Verbraucherzentrale und der Entwicklung zum Drogenkonsum bei Jugendlichen standen auch kostenrelevante Dinge zur Beratung an: Ein Antrag auf Förderung des Netzwerkes der Arbeitsgemeinschaft Hospiz- und Palliativversorgung im Kreis Steinfurt in Höhe von 10.000,- Euro. Hier hatte sich die Fraktion im Vorfeld bei den bereits bestehenden Palliativnetzen kundig gemacht, wie von dort eine Notwendigkeit für eine solche Förderung eingeschätzt würde. Eine Notwendigkeit wurde nicht gese-

hen. Daher wurde der Antrag abgelehnt. Im Gegensatz dazu wurden die Förderanträge des Café Relax in Rheine als Drogen- und Suchtberatungsstelle ebenso beschlossen, wie die weitere Übernahme der betreuungsrechtlichen Verantwortungsbereiche der Stadt Rheine durch den Kreis Steinfurt. Außerdem hatten das Amt für Soziales und Pflege sowie das Kommunale Integrationszentrum ihre Jahresberichte vorgelegt. Der Bericht des Amtes bietet konkrete Zahlen und eine detaillierte Darlegung für jeden einzelnen

Geschäftsbereich. Wer wissen möchte, wo die reichlichen Gelder für den Sozialbereich bleiben und wie sie verwendet werden, hier kann nachgeschlagen werden. Eine ähnliche Transparenz lässt der KI-Bericht in weiten Teilen vermissen, erst zuletzt wird auf die Mittelverwendung eingegangen, am Ende bleiben aber Fragen über Details offen. Hier werden Pauschalen und Beträge genannt, ohne zu erklären, wie die zustande kommen oder wann sie eingesetzt oder wie was bewertet wird.